

geschlossen. Eigentlich müssten selbst solche Massnahmen laut Gesetz verhältnismässig sein, sie dürfen gegenüber Personen nur angeordnet werden, wenn weniger einschneidende Massnahmen, um die Übertragbarkeit einer ansteckenden Krankheit zu verhindern, nicht ausreichen oder nicht geeignet sind, und sie müssen erforderlich und zumutbar sein. Heute zeichnet sich ab, dass der Shutdown die Schweiz um die 100 Milliarden Franken gekostet haben könnte. Es ist nicht anzunehmen, dass dies dem Bundesrat damals bewusst war.

4. Leichtfertige Geldverteilung — Eine Woche nach der Lähmung der Wirtschaft schritt der Bundesrat zur grossen Geldverteilung, um Schmerzen zu lindern und Widerstände zu zerstreuen. Gegen 40 Milliarden Franken sind vorgesehen, um den Unternehmen bei Bedarf blitzartig ohne grosse Kontrolle Kredite aufs Konto zu überweisen. Die gesamte Umverteilung kann sich auf 100 Milliarden summieren. Durch frühere Entscheide hat sich die Regierung gebunden, den Shutdown der Wirtschaft weiter mit Finanzhilfen zu kompensieren.

5. Griff zur Planwirtschaft — Das Öffnen der Geschäfte erfolgte nicht mit einem Donnerschlag, wie dies beim Schliessen geschah. Entsprechend vielfältiger sind die Spielregeln, die für die einzelnen Branchen oder Tätigkeiten zu genehmigen sind, und das gibt Diskussionen. Es ist enorm, mit welchen Details sich Ämter nun befassen müssen, um Hygiene- und Abstandsvorgaben für alle Lebenssituationen zu beaufsichtigen. Und sie müssen begründen, warum die Schweizer zwei Meter Abstand halten müssen, die Österreicher nur einen.

6. Selbstevaluation — Der Bundesrat hat die Bundeskanzlei beauftragt, ihm bis Ende 2020 einen Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements während der Covid-19-Pandemie vorzulegen. Die Regierung gibt also ihrer eigenen Verwaltung den Auftrag, sie zu benoten. Das Ergebnis wird keine Überraschung sein.

7. Wenig Interesse an neuem Wissen — Etwas vom Erstaunlichsten an der ganzen Corona-Politik des Bundesrats ist, wie wenig im Vergleich mit den immensen Kosten investiert wurde, um ein klareres Bild von der Datenlage, den Zusammenhängen zwischen Infektion, Krankheit und Sterblichkeit zu erhalten. In der Schweiz wurde kein systematisches Testen eingerichtet, die Infektionszahlen sind von Zufällen abhängig, dabei sind sie derart bestimmend für die Epidemienpolitik. Vor allem aber weiss man auch sehr wenig über die Gruppe derjenigen, die bereits immun sind. Immerhin zeichnet sich nun ab, dass sich zunehmend private Unternehmen um die Aufklärung dieser Verhältnisse bemühen.

Wissenschaft

Kurven, die in den Untergang führen

Klimamodelle sind wie Pandemie-Modelle menschliche Konstrukte oder gar politische Manipulation. Aus dem Desaster muss man für die Klimapolitik lernen. Silvio Borner

Klimaforscher wie auch Ökonomen sind bekannt dafür, dass sie die Welt gerne in vereinfachten Modellen darzustellen und zu erklären versuchen; aber jetzt wird die Szene dramatisch durch die Epidemiologen aufgemischt. Die Virenforscher haben im März und April einmalige Gelegenheiten für ihre Auftritte genutzt, um den Leuten Pandemie zu erklären und Regierungen zu lenken. Was die Ökonomen in der Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten versuchen und die Klimaforscher seit den neunziger Jahren praktizieren, haben jetzt die Epidemiologen in ganz grossem Stil und mit totaler medialer Präsenz geschafft: die hochspezialisierte, aber eindimensionale Wissenschaft zu missbrauchen, um politische Entscheide zu dirigieren. Mit ihren Modellen, Kurven und Untergangsprognosen, gemäss denen in der Schweiz bis zu 100 000 Tote zu befürchten seien, bewogen sie den Bundesrat zu grenzenlosen Staatseingriffen und einem Shutdown, der über Jahre hinaus existenzielle Schäden verursachen wird.

Schnell und radikal entlarvt

Alle drei Berufsgattungen arbeiten eigentlich nach ähnlichen Grundsätzen: Die Wissenschaftler zwingen komplexe Zusammenhänge und Entwicklungen in vereinfachte mathematische Modelle und leiten daraus Prognosen ab. Das ist ehrgeizig, aber legitim. Werden diese Modelle expertokratisch eingesetzt, sollten sie unabhängig überprüft und demokratisch diskutiert werden. Die Ökonomen sind aus Erfahrung vorsichtiger geworden, weil sie einerseits die hohen Ungewissheiten nicht linearer Modelle und andererseits die ideologischen Schlagseiten der Modellannahmen nicht verbergen können, so dass ihre Prognosen weder als sicher noch als wertneutral gelten. Die Klimawissenschaftler haben ihre angeblich naturwissenschaftlich basierten Modelle wirkungsvoller auf politisches Verkaufen und mediale Propaganda getrimmt.

Für Klimatologen der Uno ist die Reduktion des CO₂-Ausstosses die alles entscheidende Zielgrösse, um die Welt zu retten und

zu regieren. So fabrizieren sie methodisch wacklige, aber politisch korrekte Klimamodelle, die auf Jahrzehnte hinaus exakt vorschreiben, wie viel man bis zum Jahr 2050 an CO₂-Emissionen reduzieren muss, wenn man die Erderwärmung bis 2100 unter 1,5 oder 2 Grad halten will. Eigentlich ist klar, dass solche Panikprognosen wissenschaftlich unhaltbar und die extrem komplexen Wirkungszusammenhänge völlig unsicher sind. Aber mit dem CO₂-Dogma haben es die Klimatologen immerhin geschafft, in der Politik die sogenannte Energiegewende voranzubringen – ohne Rücksicht auf Verirrungen und Schäden durch Planwirtschaft.

Die Virusexperten treten ebenfalls mit Panikmodellen auf, die statt mit CO₂ mit Todesfällen argumentieren.

Es gibt zwei fundamentale Unterschiede. Erstens gelten ihre unsicheren Modellprognosen nicht für das Jahr 2050 oder 2100, sondern für die nächsten Wochen, und deshalb werden ihre krassen Prognosefehler schnell und radikal entlarvt. Zweitens sind die Wohlstandsverluste als Folge der durch die Modelle provozierten Massnahmen für die breite Bevölkerung direkt spürbar. Die wirtschaftlichen Schäden der Corona-Diktatur haben schon ein kritisches Umdenken bewirkt. Nun stellt sich die Frage, wie rasch die Leute in der Klimafrage ähnliche Überlegungen anstellen werden.

Im schlimmeren Fall kann die Verbindung von Klima- mit Corona-Politik die Schweiz definitiv in eine Planwirtschafts- und Schuldenkrise führen, die uns und unsere Kinder und Enkel ökonomisch und sozial um mindestens eine Generation zurückwerfen könnte. Die Erfolge der Schuldenbremse der letzten zwanzig Jahre haben wir in zwei Monaten bereits verbrannt. Im besseren Fall aber wird das Volk aus dem Corona-Desaster lernen, dass eine Energiepolitik mit unsinnigen Klimamodellen für den Planungshorizont 2050 genauso eine unverantwortliche Anmassung von Wissen ist, die den Wohlstand untergräbt und einen Haufen gescheiterter Fehlinvestitionen mit Schuldenbergen hinterlassen wird.

